

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 28 37. Jg.

18. Juli 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24 Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitteilungen sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. Zuschriften an die Expedition erbeten.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen für das Lithographie- und Steindruckgewerbe ratifiziert.

Das die Gehilfenschaft durchaus nicht betrieblige Ergebnis der in Raten stattfindenden diesjährigen Tarifberatung für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe ist in der Urabstimmung von den Gehilfen im Verhältnis von 2 gegen 1 angenommen worden. Es stimmten rund gerade noch einmal soviel Gehilfen für Annahme des Verhandlungsergebnisses wie Stimmen gegen die Annahme aufgebracht wurden. So erfreulich dieses Ergebnis der Urabstimmung, vom Standpunkt einer geordneten Gewerbepolitik aus betrachtet, auch ist, sei doch nicht unterlassen hervorzuheben, daß die Kollegen bedeutender Druckstädte in ihrer Mehrheit gegen den Abschluß dieses Tarifes votiert haben, weil ihnen die den Unternehmern gemachten Zugeständnisse, besonders in der Arbeitszeit, viel zu weit gingen. Sie sind der Meinung, daß die Annahme des Verhandlungsergebnisses aus der Gegenseite den Glauben aufkommen lassen muß, daß wir Tarif'er unter allen Umständen seien.

Wir haben schon in unserm Artikel: „Ein angenehmes Verhandlungsergebnis erzielt“ in Nr. 25 der „Graphischen Presse“ vom 27. Juni 1924 darauf verwiesen, daß das den Unternehmern in der Arbeitszeit gemachte Zugeständnis nicht von Pappe ist. Auch die übrigen den Unternehmern gemachten Zugeständnisse wiegen durchaus nicht leicht. Aber es kommt immer darauf an, die Dinge im großen wirtschaftlichen Zusammenhänge zu betrachten. In der Erkenntnis, daß das deutsche Steindruckgewerbe die Aufgabe noch zu lösen hat einen entsprechenden Platz auf dem Weltmarkt wieder zu erringen, schienen uns die gemachten Zugeständnisse wenn auch etwas schwer, so doch tragbar. Sie wurden nicht den Steindruckereibesitzern, sondern dem Gewerbe gemacht, zu dem auch wir Gehilfen uns rechnen. Deswegen war ja gerade diesmal die Entscheidung so schwer, weil gewerbliche Notwendigkeiten Beachtung erheischen, dem Machtwahm der Unternehmer aber entschieden Paroli geboten werden mußte.

Weil wir das tarifliche Überstundenabkommen als das kennzeichnende was es ist, eben eine tarifliche Vereinbarung über zu leistende Überstunden, sollen nach Kollegenberichten eine Anzahl Unternehmer aus unserm Artikel ein Siegestaufere gemacht haben. Obwohl wir uns nicht gut vorstellen können, daß im Unternehmerlager solch drohlige Käuze sitzen, sei um allen solchen Meinungen den Boden zu entziehen, gesagt, daß sich die Gehilfenschaft alles andere, nur nicht als Sieger fühlt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß bei den nächsten Tarifverhandlungen ein ganzer Patzen wieder gut zu machen ist. Ganz bestimmt tut der Teil der Unternehmer, der solch irriger Meinung sein sollte, gut, jeglichem Bezug einer offensiven Abwehrstellung zu vermeiden, denn die Stimmung in der Gehilfenschaft ist trotz Annahme des Tarifverhandlungsergebnisses gereizt genug. Die Flasche ist noch immer voll bis an den Rand!

Im Unternehmerlager soll, wie wir hörten, das Ergebnis der Tarifverhandlungen in der Urabstimmung nahezu einstimmig abgelehnt worden sein. Als Hauptgründe für die Ablehnung werden angegeben: Der Aufschlag von 20 Prozent auf die angeordneten Überstunden, die Nichtbeseitigung des Paragraphen 14 Absatz 1 und die Beseitigung der tariflichen Mindestlöhne.

Obwohl es uns schwer fällt, die für die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses angegebenen Gründe für stichhaltig anzusehen, wollen wir uns eines Urteiles darüber enthalten. Es mußte ganz Sache der Unternehmer sein, eine Klärung über die Frage Tarif oder nicht im eigenen Lager herbeizuführen. Aber aus der gestaffelten Schlage zu schlußfolgern, daß sich die Gehilfenschaft zu nochmaligen Verhandlungen und weiteren Verschlechterungen des Tarifes bereit erklären würde, zeigt eine so grandiose Verkennung der Stimmung

in der Gehilfenschaft, daß man zur Heilung einer solch schlimmen Krankheit einen tariflosen Zustand herbeiwünschen möchte. Wir bemerken: Der Verbandsvorstand handelte in voller Übereinstimmung selbst mit den vorsichtigsten unserer Kollegen, als er auf Anfrage des Schutzverbandes erklärte, daß an dem Verhandlungsergebnis keine Änderungen mehr vorgenommen werden könnten und daß bei Ablehnung des Verhandlungsergebnisses durch die Unternehmer eben der tariflose Zustand nicht zu vermeiden ist.

Ganz ohne Zweifel geriet die Leitung des Schutzverbandes, die vom Standpunkt einer weit-sichtigen Gewerbe- und auch Interessenpolitik den Tarif als das kleinere Übel ansieht, durch die ablehnende Haltung ihrer Kollegen in eine sehr schiefe Lage. Da auch ihr trotz aller Urabstimmung doch die Verantwortung verbleibt — denn die Mitglieder machen mit Recht Krach, wenn die Leitung nicht weitsichtiger ist als sie selbst sind — beriet der Vorstand des Unternehmerverbandes seine Ausschußmitglieder zu einer gemeinsamen Tagung, die sich mit knapper Mehrheit trotz des entgegen-gesetzten Mitgliedervetos für Abschluß des Tarifvertrages auf Grund des Verhandlungsergebnisses aussprach. Auf Grund dieses Beschlusses hat die Leitung des Schutzverbandes den Tarif unterschrieben, der auch vom Verbandsvorstand unterzeichnet worden ist.

Durch die Anerkennung des Tarifes durch die Schutzverbandsleitung entgegen dem Willen der Schutzverbandsmitglieder ist der Schutzverband in dieselbe Lage geraten, in der wir im vergangenen Jahre steckten. Wenn die Schutzverbandsleitung jetzt den dringenden Wunsch hegt, möglichst Ruhe und Frieden im Gewerbe zu haben und tarifliche Streitigkeiten ausgeschaltet wissen möchte, so hat für diesen Wunsch wohl niemand mehr Verständnis wie wir. Denn wir saßen im vergangenen Jahre hinter demselben Busche und wissen aus Erfahrung, welche innerorganisatorische Schwierigkeiten mit solchem gegen den Willen der Mitglieder gefaßten Beschlüssen verbunden sind. Auf Unternehmenseite haben wir damals jegliches Verständnis für die schwierige Lage der Gehilfenleitung vermissen müssen. Anstatt den mit so schweren Geburtswunden ins Leben gebrachten Tarif in loyalster Weise durchzuführen, begann schon vier Wochen nach Unterzeichnung des Tarifes durch den Verbandsvorstand der Unternehmerkrampf für Abbau des 25prozentigen Zuschlages für die 48. Stunde. Und wie immer, wuchs der Appetit auch der Steindruckereibesitzer beim Essen. Daß den Steindruckereibesitzern am Schluß des Essens der Knochen des achtstündigen Arbeitstages im Halse stecken blieb und sich als unverdaulich erwies, war wirklich nicht mangelndem Unternehmer-Tarifverschlechterungsappetit aufs Konto zu schreiben. Wie alles Ding, hatte eben auch die Langmütigkeit der Gehilfen ihr Ende gefunden.

Kann man also beim besten Willen nicht sagen, daß die Leitung wie die Mitglieder des Schutzverbandes genügend Verständnis für die Lage der Gehilfen wie ihrer Organisationsleitung in der vergangenen Tarifperiode aufbrachten, so soll das nicht für uns Anlaß sein, gleiches mit gleichem zu vergelten. Obwohl die Spuren schrecken sollten, sei im Interesse des Gewerbes den Gehilfen geraten nicht zu predigen: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Wir wollen vielmehr auf Grund unserer ständigen Stellungnahme zum Tarif die Positionen des Tarifes in loyalster Weise zur Durchführung bringen. Wenn auch auf Grund der letztjährigen Erfahrungen zu befürchten steht, daß die eigenartige Unternehmerraffung von Treu und Glauben weiter lebt, sollen für uns die tariflichen Abmachungen gelten. Wir wollen so mit dazu beitragen, die verheerenden Schwierigen Berufs- und Wirtschaftsverhältnisse zu überwinden.

Dieses grundsätzliche Bekenntnis zu loyaler Durchführung der Tarifbestimmungen hat natürlich nichts mit irgendwelcher Schwäche zu tun. Der Tarif ist von den Gehilfen unter der Voraussetzung angenommen worden, daß die geäußerten Vereinbarungen für beide Kontrahenten bindend sind. Sollten die Unternehmer erneut versuchen, auf Hintertreppen einige Tarifpositionen abzuändern, dann muß dem der allerschärfste Widerstand entgegen-gesetzt werden. Obwohl es uns fern liegt, den Teufel an die Wand zu malen, deuten Erscheinungen darauf hin, daß das unternehmerliche Tariftheater fortgesetzt werden soll. Wir warnen schon heute die Gegenseite davor. Es kommt diesmal ganz bestimmt für die Unternehmer nicht einmal so viel heraus, als unter den Fingernagel geht. Auch bezüglich der Arbeitszeit hat die Gehilfenschaft an Entgegenkommen mehr, als zu verantworten möglich ist, gezeigt. Der Bogen ist fast überspannt. Dafür zu sorgen, daß der Bogen nicht zerspringe, sei den Unternehmern besonders empfohlen. Gerade weil wir glauben besonders die schwierige Berurlage voll erkannt zu haben, treten wir mit allem Nachdruck für eine loyale Durchführung des Tarifvertrages ein. Aber wir verlangen und müssen verlangen, daß diese Loyalität bei beiden Tarifkontrahenten Maßgabe des Handelns ist. Nur wenn die Unternehmer sich bemühen, die Lage der Gehilfen zu verstehen, werden sie darauf rechnen können, auch das notwendige Verständnis für ihre Schmerzen bei den Gehilfen zu finden. So ist auch nur ein Ausgleich möglich. Jede andere Art und Methode muß naturgemäß mit sich bringen, daß weder Ruhe und Frieden im Gewerbe einzieht, noch eine Entwicklung des Gewerbes gewährleistet ist. Wir betonen noch einmal: Die Gehilfenschaft ist durchaus nicht mit dem, was jetzt tariflich vereinbart worden ist, zufrieden. Ihre berechtigten Wünsche und Forderungen sind nicht einmal zum Teil befriedigt worden. Wenn der Tarif trotzdem unterschrieben worden ist, so ist das noch kein Beweis dafür, daß die Gehilfenschaft auf ihre berechtigten Verlangen verzichtet hat. Sie wird im Gegenteil zum tariflich vorgesehenen Zeitpunkt ihre Wünsche mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen suchen. Bis dahin wird jedoch als Rechts angesehen werden, was tariflich vereinbart worden ist. Beziehen die Steindruckereibesitzer die gleiche Stellung und unterlassen sie eine spitzfindige Auslegung der Tarifbestimmungen, dann kann man die Gewähr als geboten erachten, daß der Tarif ein Waffenstillstandsabkommen ist, der dem Gewerbe eine halbwegs friedliche Entwicklung garantiert. Im Interesse des Gewerbes ist es nur zu wünschen, daß es so sein möge, denn Hemmungen dürften zu überwinden trotzdem noch genügend übrig bleiben.

Die Gehilfenschaft ist also bereit, den Tarif loyal durchzuführen. Trotz äußerst schlechter Erfahrungen ist sie noch immer tariffreundlich. Aber diese Tariffreundlichkeit hat nichts mit Tarif unter allen Umständen zu tun. Vermögen die Unternehmer diese Stellung nicht zu verstehen, und eine neue Belastungsprobe für notwendig halten, so mögen sie das tun. Die Gehilfenschaft wird ihnen die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben. Darauf können sich die Unternehmer mit Totsicherheit verlassen. In dem Bemühen, unter Beachtung des Grundsatzes von Treu und Glauben, wird die Gehilfenschaft die Bestimmungen des Tarifes durchzuführen versuchen. Sie wird aber auch hören und sie wird sehen, ob die Gegenseite zu gleichem Tun bereit ist. Ob im Steindruckgewerbe auch weiterhin ein Tarifverhältnis aufrecht zu erhalten ist, wird sich daraufhin zeigen. Durch die Ab-stimmung bereit erklärt, ein Tarifverhältnis fortzusetzen, fühlt sich die Gehilfenschaft auch nicht bedrückt, wenn der gute Nachbar ein anderes wollen sollte. Zum Frieden bereit, fürchtet die Gehilfenschaft auch den Krieg nicht!

Die Arbeiter sollen die Lasten der Reparation tragen!

Die von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden für notwendig gehaltene Aussprache mit der Reichsregierung über die Verteilung der aus dem Sachverständigen Gutachten erwachsenden Lasten hat am 11. Juni stattgefunden. An der Aussprache waren beteiligt:

Vom ADGB: Graßmann, Scheffel und Tarnow, vom AfA-Bund: Stehr und Heinig und vom ADB: Falkenberg, während die christlichen Gewerkschaften durch Baitrusch und die Hirsch-Dunckerschen von Lemmers und Schneider vertreten wurden.

Über den Verlauf der Aussprache wurde folgender Bericht der Presse übergeben:

„Im Verlauf der mehrstündigen Verhandlungen wurde von den Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß die bisherigen Erklärungen der Regierung nur neue Bedenken innerhalb der Arbeiterschaft ausgelöst haben, der man abermals die Hauptlast auch dieser Neuregelung zumutet. Da die Belastung durch Lohnsteuer und Arbeitslosenversicherung bereits die Höchstgrenze überschritten hat und die Abwälzung der indirekten Besteuerung zur Ausführung der Gutachten auf die Massen sicher ist, wäre es für die Gewerkschaften an der Zeit, an die Reichsregierung die positive Frage zu richten, welche Maßnahmen sie vorgesehen habe, um auch den Besitz gemäß seiner Leistungsfähigkeit zu den neuen Lasten heranzuziehen.“

Die Vertreter der Gewerkschaften verwiesen auf die Steuervorschläge der Sachverständigen, die sich auf eine stärkere steuerliche Erfassung von Besitz und Vermögen beziehen. Sie stellten fest, daß die Sachverständigen der Schlussfolgerung nicht hätten entgegen können, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre.

Finanzminister Dr. Luther antwortete im Namen der Regierung mit einer längeren Darlegung der Absichten der Regierung auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Die Regierung sei bereit, eine Verschärfung der Erbschaftsteuer, der Einkommensteuer — soweit Selbsteinschätzung in Frage kommt — und die Möglichkeit der steuerlichen Erfassung von Auslandsgewinnen und sogenannten Inflationsgewinnen in Erwägung zu ziehen. Eine Verschärfung der Erbschaftsteuer werde soweit zugestanden werden, als es nötig sei, Steuerhinterziehungen wie im Fall Stinnes unmöglich zu machen. Dr. Luther bewertete die Hinterziehung im Falle Stinnes als „eine Methode, die ganz allgemein vorkommt“. Im übrigen führte Dr. Luther aus, daß er sich angesichts der Lage in Industrie, Handel und Landwirtschaft keine nennenswerten Ergebnisse von neuen oder verschärften Besitzsteuern verspreche. Schon jetzt könne die Wirtschaft nicht zahlen und ersuche um Steuerstundung. Er vertrat mit aller Bestimmtheit die Auffassung, daß man den

„Traum einer weiteren Erfassung des Besitzes jahren lassen müsse“.

Mit dieser Erklärung des Reichsfinanzministers war festgestellt, daß die Regierung den begründeten Forderungen der Gewerkschaften nicht entgegenzukommen gedenkt.

Im Rahmen der Besprechung wurden die Schutzzollpläne der Regierung erörtert. Genosse Graßmann wandte sich in Übereinstimmung mit den Führern des ADGB, mit aller Schärfe gegen die neue Schutzzollpolitik und wies den Gedanken an jede, auch die geringste Konzession auf diesem Gebiete ab.

Wie die Besprechung sowie der Zollüberfall zeigt, ist die Regierung draut und dran, den Arbeitern alle Lasten auf den Hals zu laden. Sie vertritt die Politik der großen Interessenorganisationen des Unternehmertums, deren Streben es ist, in Zukunft von den Lasten, die Deutschland zu tragen hat, möglichst frei zu sein. Diesem Streben muß die Arbeiterschaft den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen. Das aber heißt Kampf. Sich auf diesen Kampf entsprechend vorzubereiten, ist augenblicklich wichtigste Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft. Nur vorbereitet wird sie ihre schwere Aufgabe lösen können.

Das Internationale Arbeitsamt und der Achtstundentag.

Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress des Jahres 1922 in Rom sagte Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in seinen Ausführungen über das Verhältnis des I.G.B. zum Internationalen Arbeitsamt u. a.:

„Es ist nicht ausschließlich das Arbeitsamt, das für die Ratifizierung der Konventionen verantwortlich ist. Die Konventionen sind tote Worte, die Sie zum Leben erwecken müssen. Glauben Sie, daß, wenn eine Konvention angenommen worden ist, ausschließlich das Arbeitsamt ihre Ratifizierung erwirken könne? Die Ratifizierung, wie

jeder soziale Fortschritt, hängt in jedem Lande ausschließlich von der Stärke der Partei ab, die dafür kämpft. Wir (das Arbeitsamt, d. Red.) sind nur ein großes, internationales Thermometer. Wenn in der Arbeiterwelt Aktivität herrscht und sich die Arbeiter rühren, so erweitert sich unsere Aktion, wenn die Aktion der Arbeiterorganisationen schwächer wird, so stockt auch unsere Aktion. Wir können nur in dem Maße wirksam sein, als die Arbeiterschaft aktiv ist.“

Unzweifelhaft ist die Tatsache, daß die Frage des Achtstundentages auf der diesjährigen internationalen Arbeitskonferenz zum Mittelpunkt der Verhandlungen geworden ist, ein Beweis dafür, daß in den einzelnen Ländern auf dem Gebiete der Arbeitszeitfrage ernsthaft gewirkt und gekämpft wird. In diesem Zusammenhang darf man aber auch die stimulierende Wirkung nicht außer acht lassen, die die Abhaltung der internationalen Arbeitskonferenzen hat. In ihren Sitzungen kommen alle positiven Elemente aller Richtungen zu Worte und die Konferenzen erhalten den Charakter eines Forums, dessen Äußerungen im Urteil der öffentlichen Meinung von Gewicht werden, was ebenfalls dazu beiträgt, die Stellungnahme der einzelnen Delegierten und Staaten in günstigem Sinne zu beeinflussen. Auch von diesem Gesichtswinkel aus müssen die Versicherungen des französischen Arbeitsministers Godart, betr. die Ratifizierung der Achtstunden-Konvention sowie die diesbezüglichen Ausführungen des belgischen Regierungsvertreters, der polnischen Regierung und des Vertreters der holländischen Regierung, Dr. Nolens, beurteilt werden, der besonders nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Länder zu Gunsten der Ratifizierung der Washingtoner-Konvention hinwies. Es ist nun zu hoffen, daß die in den einzelnen Industrien eingeleiteten Kämpfe der deutschen Arbeiter zu Gunsten des Achtstundentages noch zu einer Änderung der, wie der „Vorwärts“ sagt, „skandalösen“ Haltung der deutschen Regierung führen wird, die mit scheinheiligen und mißtrauenerweckenden Erklärungen die europäische Entspannung gefährdet.“

Daß die faulen Ausreden der deutschen Unternehmer nicht stichhaltig sind, beweist nicht nur der Umstand, daß das Dawes-Gutachten, das alle Faktoren berücksichtigt, nichts über die Notwendigkeit der Umgehung des Achtstundentages sagt, sondern dafür sprechen auch gerade die Ausführungen des französischen Arbeitsministers. Der sagte, daß z. B. in Frankreich „überall, wo der Unternehmer das Gesetz nicht nur erduldet, sondern sich entschlossen dem Achtstundentag angepaßt hat, eine Produktion entstand, bei der die Vergütung der Kräfte verbannt ist und die ihn befriedigt“. Gerade in den letzten Tagen wurden auch die Resultate einer Erhebung im Saarbergbau bekannt, die zeigen, daß im Vergleich zur 8^{1/2}-Stundenschicht der Jahre 1908 und 1909 mit derjenigen der 7^{1/2}-Stundenschicht im Jahre 1924 die Stundenleistung pro Mann zurzeit um 13.75 Kilo größer ist.

Im deutschen Reichstag wies ferner der 2. Vorsitzende des ADGB, Graßmann, auf ein sehr gewichtiges Argument hin, indem er in einem Vergleich zwischen der Lage in England und Deutschland sagte: „Die viel kürzeren Arbeitszeiten und fast doppelt so hohen Löhne in England im Verhältnis zu Deutschland und die dennoch höhere Leistungsfähigkeit der angelsächsischen Industrie widerlegen die Theorie, daß Deutschland nur durch Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der Löhne vorwärts kommen kann“.

Wie man sieht, werden auf theoretischem und praktischem Gebiet überall Beweise der Richtigkeit gegeben, von der in den oben wiedergegebenen Worten von Thomas die Rede ist. Zur Beleuchtung der Sachlage ist es vielleicht von Interesse, andererseits festzustellen, daß in Deutschland, wo die Haltung der deutschen Regierung und der auf sie ausgeübte Druck für das unmittelbare Los des Achtstundentages ausschlaggebend werden können und deshalb alles getan werden muß, um eine Ratifizierung zu erwirken, eine dahingehende Forderung des Genossen Graßmann auf der Tribüne des Parlaments vom gemeinsamen Toben der Kommunisten und Deutsch-völkischen aufgenommen wurde.

„Die Arbeit“.

In unserer Besprechung des „Gewerkschafts-Archivs“ gaben wir der Meinung Ausdruck, daß trotz des Bestehens dieser Zeitschrift der ADGB, sich nicht abhalten zu lassen brauche, ebenfalls seinerseits ein Organ für Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Dem will der ADGB nun endlich nachkommen. Unter dem Titel „Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde“ soll „Die Arbeit“ zunächst als Monatschrift, erstmalig im Laufe des Monats Juli, herauskommen. Über das Programm des längst fälligen wissenschaftlichen Zentralorgans der Gewerkschaften sagt ein vorliegender Prospekt unter anderem folgendes:

„Die Aufgabe eine wissenschaftliche Theorie der Arbeiterbewegung, ihrer Ziele und Methoden aufzustellen, galt und gilt im allgemeinen als die Domäne der politischen Partei. Die alte Idee von der Vorrangstellung der Partei, die Unterschätzung

des selbständigen Wertes der Gewerkschaftsbewegung für den Freiheitskampf aller wirtschaftlich Abhängigen und Untreien, wirkt noch fort. Freilich waren die Gewerkschaften auch selbst, bis in den Krieg hinein, im wesentlichen auf ihre nächstliegenden praktischen Ziele eingestellt. Mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder, mit der Sicherung des jeweilig erreichbaren Höchstmaßes wirtschaftlicher Freiheit schien ihr Aufgabenkreis erschöpft.“

Diese Auffassung von der untergeordneten Stellung der Gewerkschaften im Ganzen der Arbeiterbewegung ist durch die Entwicklung überholt.

Der Aufstieg der Gewerkschaften zu einem Machtfaktor des wirtschaftlichen Lebens hat längst bewiesen, daß sie neben der politischen Partei berufen sind, die Arbeiterklasse und alle zu gleicher wirtschaftlicher Unfreiheit verurteilten Schichten auf eigenen Wegen den großen Zielen der Arbeiterbewegung entgegenzuführen....

Tatsächlich hat die Entwicklung den Gewerkschaften zu ihrer jetzigen Macht die bedingungslose wirtschaftliche Unfreiheit der Arbeitnehmer bereits innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft gebrochen und ein Mitbestimmungsrecht in der Regelung des Arbeitsverhältnisses geschaffen, an das in den Anfängen der Bewegung kaum zu denken war, und das von der politischen Partei allein niemals hätte durchgesetzt werden können. Durch die Gewerkschaften, nur durch die in ihnen verkörperte Macht haben die einzelnen Arbeitnehmer ein gewisses Maß wirtschaftlicher Freiheit erlangt, das, so sehr es noch der Erweiterung bedürftig ist, doch der politischen und rechtlichen Gleichheit erst Inhalt und Bedeutung gibt.

Von der Arbeiterklasse selbst zum Schutz ihres einzigen Besitzes gegen fremde Willkür geschaffen, haben die Gewerkschaften sich aus eigener Kraft zu Körperschaften entwickelt, die eines der höchsten Güter der Nation hüteten und verwalteten: die menschliche Arbeitskraft. Sie haben durch diese aus eigenem Recht übernommene und trotz aller Rückschläge und Krisen mit wachsendem Erfolg durchgeführte Aufgabe sich als Bahnbrecher einer tieferen Auffassung des sozialen Aufbaues der Gesellschaft erwiesen.

Der Aufgabenkreis der Gewerkschaften hat sich im letzten Jahrzehnt gewaltig erweitert. Aus dürftigen Ansätzen ist ein Arbeitsrecht entstanden, in dem schon die Anfänge eines bedeutsamen Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer nicht nur an der Regelung des Arbeitsverhältnisses, sondern auch an der Wirtschaft selbst festgelegt sind. Wie weit es wirksam wird, in welchem Maße es der Erweiterung fähig ist, hängt davon ab, ob es den Gewerkschaften gelingt, die Arbeiter, insbesondere die zur Vertretung ihrer Interessen in den Betrieben Berufenen und die junge Generation gewerkschaftlicher Führer für ihre umfassenderen Aufgaben heranzubilden. Sie müssen heimisch werden nicht nur in dem weiten Gebiet des Arbeitsrechts, sondern insbesondere auch in dem unübersichtlichen Bereich der Wirtschaft, wenn sie den gewonnenen Rechten Geltung verschaffen wollen. Nie kam es mehr auf eigenes rechtsschöpferisches Denken, nie mehr auf überlegene Einsicht in die wirtschaftlichen Gegebenheiten, auf kluge Beurteilung der Möglichkeiten, aber auch der Grenzen gewerkschaftlichen Wirkens, niemals mehr auf die glaubensweckende Überzeugungskraft und innere Zielsicherheit der Führer an....

Eine solche Zeitschrift kann ihr Ziel nur erreichen, wenn sie von der Gesamtleitung der Gewerkschaften herausgegeben wird. Sie muß aber selbstverständlich, wenn anders die wissenschaftliche Freiheit gewahrt werden soll, mehr sein als ein offizielles Organ des Bundesvorstandes. Die wissenschaftliche Untersuchung der gewerkschaftlichen Probleme darf nicht von parteipolitischen, ebensowenig aber von gewerkschaftsbürokratischen Interessen beschränkt und in einseitige Richtung gedrängt werden. Die Zeitschrift soll den Gewerkschaften Gelegenheit zum freien Meinungsaustausch und zum sachlichen Austrag geistiger Gegensätze bieten. Gegensätze der Überzeugung sind unvermeidlich, wo starkes Lebensrecht regt. Sie zu beklagen, wäre schwächlich und ein Zeichen des Alters. Die alte wie die junge Generation und innerhalb beider die verschiedenen und die geistige Vorherrschaft kämpfenden Richtungen müssen ihre Auffassung von den Wegen und Zielen gewerkschaftlicher Entwicklung klar zum Ausdruck bringen können.

Die neue Zeitschrift soll ein Führer werden auf schon abgemessenen wie auf erst noch zu erschließenden Wegen, die alle zu einem Ziele führen sollen: der Überwindung der wirtschaftlichen Knechtschaft aller derer, die heute nicht ihre eigenen Namen als ihre Arbeitskraft. Allein auf dem Wege der Macht kann dieses Ziel niemals erreicht werden. Ein kühner, glaubensstarker und für neue Ideen empfänglicher Geist muß sie befähigen. Nur dann kann die heute von Klassengegensätzen beherrschte und durch sie in ihrem Bestand gefährdete Gesellschaft in eine nationale Kulturgemeinschaft umgewandelt werden, an deren Wohlstand und geistigem Besitz, an deren Überlieferungen und Zukunftshoffnungen alle Schichten des Volkes führend und dienend teilnehmen.“

Gegen den Rohstoffwucher.

Die Rede von der verminderten Konkurrenzfähigkeit des Graphischen Gewerbes auf dem Weltmarkt ist keine Phrase. Davon kann sich jeder überzeugen, der die gute Absicht hat, die Dinge so zu sehen wie sie sind. Daß dieser Zustand überwunden werden muß, wenn das deutsche Graphische Gewerbe nicht darauf verzichten will in seinem jetzigen Umfange weiter zu bestehen. Ist eine Selbstverständlichkeit.

Daß der Zustand der verminderten Konkurrenzfähigkeit des deutschen Graphischen Gewerbes auf dem Weltmarkt überwunden werden muß, darüber bestehen zwischen Unternehmern und Arbeitern keine Meinungsverschiedenheit. Sie beginnen aber sofort und sind sehr tiefergehender Natur, sobald die Mittel zur Beseitigung dieses Zustandes erwogen werden. Obwohl alle einwandsfrei aufgestellten Statistiken beweisen, daß sowohl Arbeitslohn wie Arbeitszeit der deutschen graphischen Arbeiter nicht die Ursache der verminderten Konkurrenzfähigkeit des deutschen Graphischen Gewerbes sind, sondern die hohen Preise für Rohstoffe einen Absatz der Waren erschweren, glauben die Unternehmer am leichtesten und einfachsten die verminderte Konkurrenzfähigkeit des Gewerbes beseitigen zu können durch Verlängerung der Arbeitszeit und Niedrighaltung der Löhne. Je größer die unternehmerlichen Kraftanstrengungen zum Zwecke der Verlängerung der Arbeitszeit und zur Senkung der Arbeitslöhne sind, um so stärker tritt der mangelnde Mut wie die mangelnde Kraft der Unternehmer, den Praktiken der Rohstofffabrikanten entgegenzutreten, in die Erscheinung.

Unbestritten ist, daß noch immer die Preise der Rohstoffe, die die papierverarbeitende graphische Industrie braucht, 50 bis 100 Prozent und noch darüber über den Preisen der Vorkriegszeit liegen. Die Papierpreise spielen dabei eine ganz besondere Rolle. Gerade zu der Zeit, als alle bedeutenden Volkswirtschaftler darüber einig waren, daß die deutsche Wirtschaft nur gesunden könne, wenn die Preise abgebaut würden, führten die Papierindustriellen eine neue Preiserhöhung durch. Wenn die „Industrie- und Handelszeitung“ in ihrer Nummer vom 5. Juni in einem Rückblick über die Wirtschaftslage im Monat Mai schrieb: „In der Papierindustrie war der Auftragsbestand durchweg gering. Wenn die ungünstige Lage anhält, erscheint eine Betriebs Einschränkung bei vielen Werken unvermeidlich“, so zeigte sie nur die Folgen der papierindustriellen Preispolitik auf. Bei früheren Wirtschaftskrisen oder Absatzstockungen wurden zum Zwecke der Belegung des Geschäfts die Warenpreise herabgesetzt. Heute werden sie in der papiererzeugenden Industrie heraufgesetzt. Die Möglichkeit zu diesem privatwirtschaftlich eigentlich ganz unmöglichen Verhalten gibt die Zusammenfassung der Unternehmer in Kartellen, Syndikaten und Trusten. Haben die Unternehmer, so zusammengefaßt, vom Ausland keine Konkurrenz zu befürchten, so sind sie konkurrenzlos, d. h. sie haben ein Monopol, das sich erstreckt auf Produktion, Absatz und Preise. Da die deutschen Papierfabrikanten bis zu einem gewissen Grade zu diesem Zustand gekommen sind, ist ihnen nicht mehr das zu erstrebende Ziel höchste Rentabilität, sondern höchste Preise. Wird auch durch die Kartellpolitik die Absicht, die seitherige Gewinnrate zu halten, nicht erreicht, so bleibt doch der Einzelunternehmer vor dem Zusammenbruch bewahrt, auch veraltete Betriebe, weil die Unternehmer die Krisenwirkungen gemeinsam tragen.

Der Erdenrest, den die deutschen Papierindustriellen bisher infolge ausländischer Konkurrenz noch zu tragen hatten, soll nun auch noch abgeladen werden. Das „Berliner Tageblatt“ will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß man in interessierten Kreisen der Papierfabrikanten ein internationales Syndikat zum Zwecke der Erhöhung der Papierpreise auf dem Weltmarkt plant. Zu diesem Zwecke würde für den 7. Juli eine Zusammenkunft internationaler Papierfabrikanten nach Stockholm einberufen, um die Vorarbeiten zu einem derartigen internationalen Syndikat in Angriff zu nehmen. Als selbstverständlich gilt den Papierfabrikanten, daß den Arbeitern die Arbeitszeit verlängert und der Arbeitslohn herabgedrückt wird.

Da in der Graphischen Industrie Papier der Rohstoff ist, der schlechterdings den Preis der Waren bestimmt, ist und kann es nicht gleichgültig sein, was im Lager der Papierzeugung vor sich geht. Die Arbeiter werden durch ihr Interesse am Gewerbe gehalten, die Unternehmer zum Widerstand gegen unangemessene Rohstoffpreise zu zwingen. Je mehr die Rohstoffpreise steigen, desto stärker wird der Widerstand der Unternehmer der papierverarbeitenden Industrie gegen ausreichende Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen der graphischen Arbeiter sein. Da es den Anschein erweckt, daß die Unternehmer der Graphischen Industrie gerade zu der dringlichen Abwehr unangemessener Rohstoffpreise keine einheitliche Linie und Geschlossenheit zu finden scheinen, muß die Arbeiterschaft besonders nachdrücklich nachhelfen. Sonst wachsen die Rohstoffpreise in den Himmel! Und wenn in diesem Abwehrkampfe unangemessener Rohstoffpreise die vertikale Konzentration des Graphischen Gewerbes stärkeren Antrieb erhält, ist es noch lange nicht der Übel schlimmstes. Wir

entgehen dieser Entwicklung doch nicht. Deshalb bleibt wichtig, daß zur Behebung der verminderten Konkurrenzfähigkeit die Rohstoffpreise gesenkt werden müssen. Die Unternehmer haben hier dankbare Gelegenheit, ihrer Kampflust und Kampfkraft die Zügel schieben zu lassen. Unserer Meinung nach betätigten sie sie bisher mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekten. Bei der graphischen Arbeiterschaft gibt's wirklich nichts mehr zu schinden! Soll also die verminderte Konkurrenzfähigkeit der Graphischen Industrie behoben werden, dann ist das nur möglich auf dem Wege des Preisabbaues für Rohstoffe. Ohne Kampf gibt es einen solchen Abbau nicht. Diesen Kampf zu führen, fällt in erster Linie den Unternehmern zu. Es ist an der Zeit, daß dieser Kampf aufgenommen wird. All'ons enfants de la patrie!

Kollegialität.

Als ein Mann der eine ganz eigenartige Auffassung von Kollegialität hat, erlaubte sich der Kollege Kallich (vermüthlich aus Dresden gebürtig und zugereist von Hamburg) den Hannoverischen Kollegen in der Firma Leunis & Chapman vorzustellen.

Direkt von der Reise kommend, erscheint der Betreffende, stolz, ohne Gruß, in der Druckerei. Hier sollte er am nächsten Tage als Umdrucker für Originale eingestellt werden.

In derselben Weise, wie am vorigen Tage, tritt K. seine Stellung an. Mit bornierter Geringschätzung auf die Mitarbeitenden herablickend, trägt er sich in renitentem, ordinärer Art. Wie es scheint, gestützt auf unfehlbare Leistungen.

Der Vertrauensmann bemüht sich vergeblich, von K. die Auskunfts Karte zu erhalten. Trotz wiederholter Aufforderung meldete sich der Kollege Kallich beim Mitgliedschaftsvorstand nicht, sondern gab schließlich zur Antwort, er pfeife auf den Verband (und gebrauchte für denselben eine unästhetische Bezeichnung); er arbeite lieber mit unorganisierten Kollegen. Die Kollegen der Firma L. & Ch. zweifelten nun seine Zugehörigkeit zum Verbands an.

Nachdem K. in einen Streit mit einem Lehrling gekommen war, der wegen des gemeingefährlichen Betragens des Kollegen Kallich an dessen Presse nicht heften wollte und sich enternete, beschuldigte der Kollege Kallich die Kollegen, dieselben unterstützten den Lehrling und bezeichnete deshalb die Kollegen mit den ordinärsten Schimpfwörtern, worauf diese beschlossen, einmütig für die Entlassung des Kollegen Kallich einzutreten.

Die ausgesprochene Kündigung des K. drückte sich dann aus in renitentem Auftreten desselben gegenüber dem Abteilungsvorsteher.

Am folgenden Tage nach dem Abgang des Kollegen K. fand sich ein Zettel am Garderobehaken des Vertrauensmannes vor, der folgenden Erguß enthielt:

Lebt wohl, ihr großen Vagabunden.
der Betriebsrat ist das dümmste Schwein.
und seit gegrüßt ihr Haderlumpen,
leckt mich am A.... mal recht ganz fein!

R. K.

Dies zur Beachtung der sich leider noch heute sehr breit machenden geistigen Abnormität.

Aug. Akthausen.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir veröffentlichen diese Zeilen, weil Kallich noch immer als organisierter Kollege gilt. Wir haben die Pflicht, ein solches Verhalten öffentlich zu kritisieren und durch Kritik zu versuchen, solch abnorme Auffassung über Kollegialität aus der Welt zu schaffen. Hoffentlich genügt diese Mahnung, um Kollegen Kallich wieder auf den Weg kollegialen Verhaltens zurückszubringen, den er in Hannover ohne jeden Zweifel verlassen hat.

Der Offsetdruck auf dem 9. internationalen Buchdruckerkongreß.

Wie auf dem 12. ordentlichen Verbandstag der Buchdrucker wird der Offsetdruck auch auf dem im Anschluß an diesen Verbandstag in Hamburg stattfindenden 9. internationalen Buchdrucker-Kongreß zur Beratung stehen. Punkt 3 der Tagesordnung des internationalen Buchdrucker-Kongresses sieht ein Referat des Deutschen Buchdrucker-Verbandssekretärs, Kollegen Höbner über die technische Entwicklung im Buchdruckgewerbe unter besonderer Berücksichtigung des Offsetdruckes vor.

Da auf Grund der verschiedenen Vorgänge nicht anzunehmen ist, daß sich der internationale Buchdrucker-Kongreß nur rein theoretisch mit dem Offsetdruck beschäftigen wird, liegt uns die Pflicht ob, gegen den beabsichtigten Einbruch der Buchdrucker in unser Organisationsgebiet den allerstärksten Protest einzulegen. Wir bestreiten aufs Nachdrücklichste der Buchdrucker-Internationale das Recht, sich in die Interessensphäre anderer einzumischen. Der Offsetdruck ist reiner Flachdruck und untersteht deshalb international der Diktation des Internationalen Bundes der Lithographen, Steindruckers und verwandter Berufe. Nur der Internationale Lithographenbund hat ein gewerkschaftliches Recht, auf seiner Tagung bindende Beschlüsse über den Offsetdruck zu fassen. Wir weisen deshalb auch zurück, was die „Mitteilungen“ des Internationalen Buchdrucker-Sekretariats zu dieser Frage schreiben, nämlich:

„Für uns Buchdrucker erlangt diese Frage eine ganz besondere Bedeutung. Wir können nicht zusehen, wie die Maschinenmeister ganzer Druckersäle nach und nach durch Steindruckers verdrängt werden und so arbeits- und brotlos werden. Hier muß im Interesse nicht allein der Maschinenmeister, sondern der ganzen Buchdruckerschaft eine Lösung gefunden werden in dem Sinne, daß der Offsetdruck als Gemeinschaftsgut der Lithographen und Buchdrucker bezeichnet wird. Dies muß geschehen, ohne Rücksicht auf die von den Lithographen ins Feld geführten Argumente, über die wir uns nicht weiter auslassen wollen. Es geht hier um die Existenz unserer Kollegen, und wäre dies ein erster Schritt zum Industrieverband.“

Wir wollen uns vorläufig über die Meinung der „Mitteilungen“ auch „nicht weiter auslassen“. Aber bemerken möchten wir doch noch, daß endlich das Verlangen der Buchdrucker richtig zum Ausdruck gebracht worden ist. Es ist den Buchdruckern in Wirklichkeit ganz gleichgültig, zu welchem Druckverfahren der Offsetdruck gehört. Es gilt ihnen nur, für die Arbeitskräfte des Buchdruckes eine möglichst ertragreiche Unterkunft zu schaffen, und das soll „ohne jede Rücksicht auf die von den Lithographen ins Feld geführten Argumente“ geschehen. Es dreht sich bei dem anhebenden Streit also eigentlich nur darum, die Arbeitslosigkeit, wie beim Aufkommen des Drei- und Vierfarbendruckes, auf die Steindruckers abzuladen. Die Buchdrucker mögen nicht ihr ganzes gewerkschaftliches Ansehen auf ein falsches Pferd setzen! Die Ernüchterung müßte zu starke Wirkungen auslösen. Wir warnen erneut davor.

Vor der Gründung einer Beamten- u. Lehrer-Internationale.

Die provisorische Exekutive der Beamten-Internationale, deren Gründung bekanntlich im Juli letzten Jahres in Wien beschlossen worden ist, trat kürzlich in Wien zu einer Sitzung zusammen. Es wurde beschlossen, den Gründungskongreß vom 27. bis 31. Oktober in Paris abzuhalten. Es sollen auch Lehrergesellschaften in die neue Internationale aufgenommen werden. Mit dem IGB. werden angesichts der am 27. und 28. Oktober 1923 in Osnabrück abgehaltenen Konferenz betr. die Errichtung einer Lehrer-Internationale diesbezügliche Verhandlungen gepflogen. Seit dem letzten Jahre haben sich bei der Beamten-Internationale folgende Länder zum Anschluß gemeldet: Oesterreich, Deutschland, Tschecho-Slowakei, Frankreich und Holland. Man erwartet, daß auf dem Gründungskongreß auch England und Belgien vertreten sein werden. Der Internationale gehören auch bereits 70 000 französische, 5 000 österreichische und 7 000 deutsche Lehrer an.

Erste Arbeiter-Kulturwoche.

In Verbindung mit dem Leipziger Gewerkschaftsfest, das durch die Pflege des Massenfestspiels im Freien kulturell von mehr als lokaler Bedeutung ist, findet vom 2. bis 6. August die Kulturwoche statt. Folgender Gedanke ist Anlaß dazu: Die Arbeiterbewegung ist eine politische, wirtschaftliche und kulturelle. Partei und Gewerkschaft halten jährlich ihre große, zusammenfassende Tagung zur Regelung von Fragen, die die Gesamtheit der Organisation angehen, ab. Das gleiche wäre für die Kulturbewegung der Arbeiterschaft von ebenso großer Bedeutung. Das Arbeiterbildungswesen leidet an Zersplitterung. Dadurch kommt vielfach ein Gegeneinanderarbeiten zustande, vielfach ein Nebeneinander, das durch richtige Durchorganisation unendlich fruchtbarer gestaltet werden könnte. Es gibt Probleme, deren Lösung gemeinsam angepackt werden muß von den verschiedenartigen Kulturvereinigungen der Arbeiterschaft. Die Kulturwoche soll dazu die Möglichkeit bieten. Deshalb sollten in ihrem Verlauf möglichst viele solcher Organisationen ihre Kongresse abhalten, statt einzeln, wie seither. Jedes Jahr kann die Woche in einer andern größeren Stadt sein. Dadurch würde noch der weitere Vorteil erreicht, daß die Bildungsorganisationen des Tagungsortes einen großen Antriebs- und Aufschwung gewinnen.

Mit der Kulturwoche findet der Mitteldeutsche Jugendtag in Leipzig statt. Sie beginnt am 2. August. Begrüßungen im Volkshaus. Feier der Jugend. 11 Uhr Matinee in der Alberthalle. Aufführung der Wandlung, daneben große Veranstaltung der Arbeiterturner. Nachmittags Gewerkschaftsfest auf dem Ausstellungsgelände, das mit der Aufführung des Massenfestspiels schließt.

Am 4. Kongreßberatungen, abends in der großen Alberthalle Kulturabend. Am 5. Tagung der Bildungsausschüsse. Wiederholung des Massenfestspiels. Am 6. Studenten- und Lehrertag, abends Aufführung des Chorwerkes Samson von Händel durch den Arbeiter-Volkchor Leipzig. — Während der Tagung Buch- und Bildausstellung in den Räumen des Kunstvereins (Bildermuseum). Tagungsräume: Stadtverordneten-saal, Rathausaal, Kaufhaus, Handelsbörse, Alberthalle. — Es wird besonders für den 3. August starker Besuch von auswärtig erwartet. Für Quartiere für die auswärtigen Genossen sorgt die Unterstützung der Leipziger

Genossen. Wenn beim großen Arbeiterturnfest 1922 alle unterkamen, ist es auch leicht möglich, die Besucher der Kulturwoche unterzubringen.

Vom 28. Juli bis 2. August findet ein Arbeiterbildungskursus in einem Heim bei Leipzig statt, den der Leiter des Bildungswesens der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik Genosse Dr. Josef Luitpold Stern abhalten wird. Dieser bewährte Praktiker sozialistischer Bildungsarbeit wird im Laufe einer Woche gründlich in alle Gebiete sozialer Bildungstätigkeit einführen. An dem Kursus kann jeder teilnehmen, der sich dafür interessiert. Eine bessere Verwendung des Urlaubs gibt es nicht, als die Teilnahme an dem Kursus. Das Heim liegt in Lindhardt bei Naunhof, in einem Walde. So kommt zu der geistigen Bereicherung noch körperliche Erholung. Die Kosten der Teilnahme einschließlich Unterkunft und Verpflegung belaufen sich pro Teilnehmer auf 12 Mark für die ganze Woche. Anmeldungen an das Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig, Braustr. 17.

Einfach und doch nicht verstanden.

Von einem Mitarbeiter ging dem „Schuhmacher“ folgende Mitteilung einer belauschten Unterhaltung zu:

„Ich hatte in einer Arbeiterversammlung gesprochen und stieg, noch ganz von dem Erlebnis dieses Abends erfüllt, in den Hamburg-Frankfurter Schnellzug, um nach Hause zu fahren. Da brachte mich die Wirklichkeit in eine so ganz andere geistige Welt. Zwei ganz rechtsstehende Mitmenschen sprachen da über die Arbeiter. Der eine war aus der Industrie und im Kriege Seeoffizier; von dem anderen konnte ich über seine soziale Herkunft nichts erfahren, doch stand er genau so rechts. Und was sprach man über die Arbeiterschaft? Sie war eine erledigte Masse. Ja, früher, so sagte der Mann aus der Industrie, da waren uns die Arbeiter eine Gefahr. Da waren sie ein wirtschaftliches Heer voll Disziplin und Schlagkraft, mit dem man rechnen mußte. Aber jetzt ist die Gefahr vorüber. Die Gewerkschaften bersten auseinander, und was sich da neu bildet, sind nur Haufen, die keine Bedeutung mehr für uns haben. Die Gefahr, die die Arbeiterschaft mit dem großen Wachsen der gewerkschaftlichen Organisationen immer mehr zu werden drohte, ist vorüber.“

So kapitalistisch die in diesen Worten liegende Denkweise ist, bringen sie doch nichts anderes zum Ausdruck, als was die Gewerkschaften den Arbeitern bis zum Erbrechen immer wieder gesagt haben. Zerfleischen sich die Arbeiter gegenseitig, hat ihr Feind, das Kapital, gute Tage. Das zu erkennen, dazu gehört wirklich nichts. Es ist ja auch die einfachste Sache auf der Welt, daß der Dritte immer gut lachen hat, wenn sich zwei streiten. Den Arbeitern scheint diese Banalität noch immer ein Buch mit sieben Siegeln zu sein. Sonst könnten die Meinungsverschiedenheiten über den besten Weg zur Macht nicht solche eigenartige Blüten treiben, die zu sehen man jetzt sattsam Gelegenheit hat. Trotzdem mögen die Herren sich nicht täuschen. Denn auch das Einfache ist auf

dem Marsche verstanden zu werden. Dann ist der „Haufen“ wieder eine noch größere „Gefahr“. Unsere Kollegen sollten alles dazu beitragen, durch Einheit und Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisation die „Gefahr“ so groß zu machen, daß der daraus sprühende Segen selbst den fanatischsten Zersplitterer kalt stellt.

Kriegsursachen.

Der bekannte englische Sozialist, Mathematiker und Philosoph Bertrand Russel veröffentlicht in der Zeitschrift „Century“ einen Artikel in dem er u. a. auf die verschiedenen Kriegsursachen zu sprechen kommt.

Viele Sozialisten, so schreibt er, sehen im Kapitalismus den Hauptträger des Krieges und glauben, daß mit dem Kapitalismus auch der Krieg aus der Welt geschafft würde. Der Kapitalismus an sich kann aber nicht in Betracht kommen, denn es gab schon vor der kapitalistischen Epoche Kriege. Auch das Argument, der Mensch habe ausgesprochen kriegerische Instinkte, ist nicht stichhaltig. Dieses Gebiet ist noch sehr wenig erforscht und es gibt tatsächlich zahlreiche Rassen, die den Krieg in unserem Sinne gar nicht kennen. Auch die Überbevölkerung als solche macht keinen Krieg nötig. Frankreich kennt z. B. dieses Problem nicht und ist doch sehr kriegslustig. In China ist das Überbevölkerungsproblem ein sehr ernstes und doch ist China nicht expansiv.

Russel sieht die hauptsächlich in Betracht kommenden Kriegsursachen in politischen, wirtschaftlichen und sozial-psychologischen Faktoren. Da die durch eine reine Prestige-Politik bedingten politischen Faktoren eine immer geringere Rolle spielen und das Kräftespiel der wirtschaftlichen Rivalitäten mehr oder weniger bekannt ist, ist es von Interesse, einige Stellen über die zu unrecht im allgemeinen vernachlässigte sozial-psychologische Seite der Frage wiederzugeben. Russel sagt in diesem Zusammenhang Interessantes über das Wesen des Führertums und die Stellung der Massen zum Führer: „Die Macht eines Führers ist in einer für den Krieg organisierten Gruppe am größten. Man kann sogar sagen, daß die Notwendigkeiten des Krieges die Macht der Führer begründen. In der Folge steigert sich natürlich auch die Macht der Gruppe die sich speziell um den Führer scharf. Den Höhepunkt der Macht erreicht der Führer während eines Krieges. Deshalb ist er immer geneigt, seine Anhänger womöglich in einen Krieg zu hetzen.“ Ist der Krieg einmal ausgebrochen, so kommen die Eitelkeiten, Rivalitätsgefühle, die Sensations- und Abenteuerlust der Massen automatisch hinzu, so daß man in diesem Stadium schon nicht mehr allein die Führer verantwortlich machen kann. Alle diese Eigenschaften rügt Russel in den schärfsten Ausdrücken. Was die wirtschaftlichen Faktoren betrifft, kommt Russel zum Schluß, daß eine Internationalisierung des Trustwesens — allerdings auf Kosten der Schwächern —, Kriegsverhindernd wirken könne. Er sagt in diesem Zusammenhang unter anderem: „Die Tatsache, daß die Geschäftswelt mit wenigen Ausnahmen eher national als international organisiert ist, ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: Erstens

haben die großen Geschäftsinteressen Freude an der Rivalität, zweitens ermöglichen es die patriotischen Gefühle den nationalen Geschäftsinteressen, sich die Unterstützung der Armeen und Marines zu sichern. Es gibt keinen Grund der gegen die Umwandlung nationaler in internationale Trusts spricht. Die Geschäftsleute würden dadurch reicher und der Rest der Welt würde von einer großen Bedrohung befreit.“

Daß bei einer solchen Internationalisierung — die a's Übergangsstadium sicher auch kommen wird — sowie der Schaffung von überwiegend starken und sozusagen unbesiegbaren Interessengruppen die Zahl der Kriege verringert wird, ist einleuchtend. Die Kriege, die dann aber schließlich trotzdem ausbrechen, werden eben umso mörderischer und größer sein. Deshalb ist der Menschheit auch mit einer solchen Internationalisierung nicht geholfen und Russel hat vergessen, in dieser Richtung die letzte Konsequenz zu ziehen: Kriege werden nur dann ganz unmöglich gemacht werden — und allein dieses Ziel und nicht die Verringerung der Zahl ist erstrebenswert — wenn die ganze Welt zu einer nach Prinzipien gerechter Verteilung organisierten wirtschaftlichen Einheit geworden ist.

Vom Büchertisch.

Erlebniskultur, Sammlung von Schriften zur praktischen Durchdringung des Lebens im Sinne der Religion des Sozialismus, Band 1: Genialität und A/Itag, der Weg zur Rettung des Abendlandes. Von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jordanstr. 1. Preis kart. 1 Mk.

Der Verfasser verlangt im Gegensatz zu unserer kapitalistischen Verstandeskultur eine proletarische Erlebniskultur. Aus einem monistischen Alleinsgefühl heraus sprudelt in der Schrift eine neue großartige Auffassung von neuen sozialistischen Menschen. Alle Kollegen, die im Sozialismus die Kulturbewegung einer neuen werdenden Welt epoche sehen, sollten diese ausgezeichnete und große Wege weisende Schrift lesen.

Der Wachtdienst bei den Deutschen Berufsfeuerwehren. Preis 25 Pfg.

In welchem Umfange ist die stete Verjüngung des Feuerwehrpersonals zweckmäßig und wirtschaftlich? Preis 25 Pfg.

In welchem Umfange kann die Polizei an der Bekämpfung von Brandschäden mitwirken? Preis 15 Pfg.

Diese drei Schriften, die Denkschriften sind und verschiedene Probleme des Feuerlöschwesens behandeln, sind im Verlage des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Berlin N 39, Pankstraße 1 erschienen.

Bericht des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nebst einem Anhang: Berichte der Gauvereine, der Zentralkommissionen und des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, sowie Bekanntmachungen für 1923. Zu beziehen durch den Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Leipzig, Safomonstr. 8.

Gewerkschafts-Zeitung

Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Redakteur: Paul Umbreit

Unterrichtet wöchentlich über die Ergebnisse in der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im Auslande. Sie ist als Fortsetzung des „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, die Zeitung der Gewerkschafter und der Sozialpolitiker. Kein Arbeiter oder Angestellter sollte versäumen, neben der Zeitung seines Verbandes umgehend das Abonnement bei seinem Postamt aufzugeben

Preis monatlich 40 Pfennige

Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung und sind anzufordern bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6

2 tüchtige Notenstecher

Dr. Rokoinitz, G. m. b. H., Berlin SO. 26, Elisabethufer 28-29.

Wir suchen für sofort
erstklassige Schwarzätzer
speziell für Maschinen
tüchtige Klischee-Andrucker
für Schwarz und Farben.
Angebote von nur ersten Kräften unter Beifügung von Zeugnissen und Mustern erbitten
Gebr. Hehner & Co., Rheydt.

Durchaus tüchtige
Steindruckmaschinenmeister
für Chromolithdruck und Offsetdrucker finden dauernd Stellung bei
Lithogr. artistische Anstalt München
vorm. Gebrüder Obpacher A.-G., München, Hofmannstraße 7.

Perfekter Strich- und Autoätzer
gesucht. Nur Herren die Ihre Sparte von A bis Z ganz selbstständig beherrschen, wollen ausführliche Angebote einsenden an
Polygraphik, Freiburg i. B., Wasserstraße.

Jüngerer Holzstecher
als Nachschneider in unsere Holztypenfabrik zum sofortigen Eintritt gesucht
Schriftgießerei Ludwig Wagner A.-G.
Abt. Holztypen, Leipzig, Gabelsbergerstr. 1a.

la Maschinen - Retuscheure
für sofort sucht
Ankerstrand, Inh. Mengel & Jung,
Breslau 13, Meritzstraße 19.
Achtung! Düsseldorf!
Auskunftsreteller
Xaver Kleigens, Talstraße 91.

Elektrische Leimkessel
sind in jedem modernen Betrieb unentbehrlich. Verlangen Sie Angebote von der Spezialfabrik
A. Brettnr, München N 60
Heß-Strasse 45.